

Es informiert Sie	Petra Paßmann
Telefon (0202)	563 66 97
Fax (0202)	563 80 50
E-Mail	Petra.Passmann@stadt.wuppertal.de
Datum	24.07.12

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 15.05.2003

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Horst Hombrecher ,

von der CDU-Fraktion

Herr Ralf Geisendörfer , Herr Hans-Herbert Grimm , Herr Franz-Adalbert Grunwald (für F. Stv. Weis), Herr Stefan Kleusch ,

von der SPD-Fraktion

Herr Matthias Dohmen , Herr Andreas Mucke , Herr Kurt-Niclas Stucke , Herr Oliver-Siegfried Wagner , Herr Oliver Zier (für H. Stv. Reese),

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Lorenz Bahr ,

von der FDP-Fraktion

Herr Jürgen Henke ,

als sachkundige Einwohner

Herr Theo Beer , Herr Christian Limbach , Herr Alexander Rocho ,

von der Verwaltung

Herr Bernd Osthoff (GBB 100.2), Herr Peter Schlieper (R 105), Herr Thomas Uebrick (GBL 1.2), Herr Michael Walde (R 101),

als Gast

Herr Fuad Allouche , Herr Gunnar Dönges , Herr Wuttke (Vorsitzender Landschaftsbeirat),

Schriftführerin:

Frau Petra Paßmann

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 17:55 Uhr

I. Öffentlicher Teil

Zur Tagesordnung:

Herr Stv. Mucke möchte TOP 7. „Strategische Steuerung“ unter Hinweis auf die Bedeutung des Punktes und einer daher notwendigen ausführlichen Beratung in der Fraktion auf die nächste Sitzung des Ausschusses zurückgestellt wissen.

Herr Stv. Grimm regt an, die Top 1.1 und 1.2 „Koordinierungsstelle für Bauprojekte Wuppertaler Firmen“ bzw. TOP 2.1 und 2.2 „Verbesserung der Bürgerbeteiligung“ jeweils gemeinsam zu behandeln

Einvernehmen.

1.1 **Koordinierungsstelle für Bauprojekte Wuppertaler Firmen** **- Erste Information der Verwaltung** **Vorlage: VO/1440/03**

S. auch Diskussion und Beschlussfassung zu Top 1.2.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 15.05.2003:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen

1.2 **Koordinierungsstelle für Bauprojekte Wuppertaler Firmen** **Vorlage: VO/1295/03**

Herr Stv. Bahr bittet, den Beschlussvorschlag in Satz 1 folgendermaßen zu ändern: „... und von privaten BauträgerInnen ...“ wird gestrichen. Den in dieser Form geänderten Antrag stelle er zur Abstimmung.

Herrn Stucke interessiert die Frage, ob und wie sich die Aufgabenbereiche „Bürgerberatung Bauen“, „kleinere“ und „größere“ Investitionsvorhaben gliedern.

Herr Beig. Uebrick berichtet, dass die Bürgerberatung Bauen grundsätzlich auch für Unternehmen und hier insbesondere für eng begrenzte Bauanträge zuständig sei, sie insofern umfassend tätig werde. Häufig suchten Unternehmen aber die Ansprache über die Wirtschaftsförderung als zentralen Ansprechpartner.

Herr Stv. Henke sieht die im Antrag formulierten Forderungen als im wesentlichen erfüllt an. Er warne in diesem Zusammenhang vor einer „Zwei-Klassen-Gesellschaft“.

Das Hauptproblem sei für ihn nicht die zu lange Bearbeitungsdauer selbst, er sehe vielmehr Verbesserungsmöglichkeiten im Verfahren. So rege er an, die Anforderungen an einen Bauantrag zu konkretisieren (z. B. über ein Stichwortverzeichnis) und im Internet – insbesondere im Hinblick auf die erforderlichen Unterlagen - zu kommunizieren.

Diesen Hinweis wird **Herr Beig. Uebrick** gerne aufgreifen.

Herr Stv. Grimm und **Herr Stucke** beurteilen den Antrag der Fraktion B 90/GRÜNE angesichts der Ausführungen der Verwaltung mit dem Hinweis auf die Prozessoptimierung sowie unter Einbeziehung der Anregung von Herrn Stv. Henke damit als erledigt.

Herr Stv. Bahr sieht das wesentliche Anliegen des Antrages ebenfalls als erfüllt an, bitte aber gleichwohl um eine Abstimmung.

Nach Hinweis von **Herrn Stv. Grimm** wird zunächst über den weitergehenden Antrag „in der Sache erledigt“ abgestimmt.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 15.05.2003:

Der Stadtentwicklungsausschuss sieht den Antrag der Fraktion B 90/GRÜNE nach den Ausführungen der Verwaltung und unter Einbeziehung der zuvor gemachten Anregung als in der Sache erledigt an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

2.1 "Verbesserung der Bürgerbeteiligung" Vorlage: VO/1301/03

Gerade im Hinblick auf Bauvorhaben würde **Herr Limbach** eine bessere und vor Allem ehrliche Beteiligung von Bürgern begrüßen. Zufriedene und ernst genommene Bürger seien die besten Garanten für eine positive Entwicklung der Stadt.

Herr Stv. Bahr sieht gerade die Beteiligungsmöglichkeiten im Baubereich strukturiert und institutionalisiert. In den Bereichen Soziales und Kultur könne sicherlich in diesem Sinne nachgearbeitet werden.

Er äußere aber auch eine gewisse Skepsis. Erfahrungen mit der sog. Planungszelle zeigten, dass Versprechungen auch eingehalten werden müssten. Hohe Erwartungen würden sich ansonsten in ihr Gegenteil verkehren.

Herrn Stv. Henke gehen die Ausführungen der Verwaltung nicht weit genug. Er plädiere für eine frühzeitige Beteiligung der BürgerInnen. Dieses Vorgehen könne Reibungsverluste im weiteren Verfahren vermindern und vor allem die Akzeptanz zu treffender Entscheidungen erhöhen.

Herr Stv. Mucke unterstützt die Intention des Antrages ebenfalls und erinnert an entsprechende Ansätze wie z. B. das Forum Stadtentwicklung. Er lege aber besonderes Augenmerk auf eine haushaltsneutrale Umsetzung.

Unter Hinweis auf den AGENDA-Prozess mit entsprechenden Aufträgen einer stärkeren Bürgerbeteiligung erinnert **Herr Stv. Wagner** auch an die in der Vergangenheit bereits praktizierten Zukunftswerkstätten.

Für **Herrn Beer** muss bei entsprechenden partizipativen Verfahren deutlich werden, dass zwar Ideen eingebracht werden könnten, letztlich aber Politik und Verwaltung die möglicherweise unterschiedlichen Interessen gegeneinander abzuwägen hätten.

Herr Stv. Henke möchte diesen Abwägungsprozess nicht durch eine Bürgerbeteiligung ersetzt wissen. Eine frühzeitige Beteiligung Betroffener schon vor dem eigentlichen Planungsbeginn ermögliche auch die Würdigung möglicherweise entscheidender Bedenken in einem sehr frühen Verfahrensstadium. Insgesamt aber werde sich die Glaubwürdigkeit von Planungsverfahren erhöhen.

Für **Herrn Walde** stellt sich immer mehr die Frage, wie Akzeptanz organisiert werden könne. Er sehe daher in dem Ansatz, betroffene Bürger in einen Entscheidungsprozess zu integrieren, zunächst nur Vorteile. Er mache aber auch darauf aufmerksam, dass diese Leistung nicht haushaltsneutral zu haben sei. Sie müsse Verwaltung und Politik etwas wert sein. Insbesondere für die Moderation und Organisation entsprechender Verfahren benötige die Verwaltung (neutrale) Dritte. Er könne sich dies bei bestimmten zu definierenden Planungen durchaus vorstellen.

Da **Herr Stv. Henke** davon ausgeht, dass sich das Verfahren selbst möglicherweise vereinfache und damit beschleunige, könne er die Ressourcenfrage so nicht nachvollziehen. Gleichwohl bitte er, die Möglichkeiten einer haushaltsneutralen Umsetzung zu prüfen. Letztlich müsse dann die Politik über das von der Verwaltung vorzulegende Konzept entscheiden.

Herr Rocho kann die Position von Herrn Walde nur unterstützen. Er spreche sich darüber hinaus dafür aus, stadtentwicklungspolitische Ziele und Handlungsschwerpunkte langfristig zu definieren. Dadurch könnten ständig wechselnde und aufreibende Diskussionen über einzelne Grundstücke vermieden und die Planungssicherheit sowohl für Architekten/Planer als auch die Verwaltung erhöht werden.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 15.05.2003:

Der Stadtentwicklungsausschuss bittet die Verwaltung, im Sinne des Antrages tätig zu werden, eine verwaltungsinterne Diskussion einzuleiten und die entsprechenden Überlegungen in ein Konzept einfließen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

2.2

Verbesserung der Bürgerbeteiligung - Bericht des Ressorts Stadtentwicklung und Stadtplanung Vorlage: VO/1441/03

S. auch Diskussion und Beschlussfassung zu TOP 2.1.

Der Sachstandsbericht des Ressorts Stadtentwicklung und Stadtplanung wird zunächst ohne Beschluss entgegengenommen.

3 Mobilfunkanlagen in Wuppertal
- Antwort zu den Fragen aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 13.03.03
Vorlage: VO/1472/03

Herr Stv. Bahr nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass eine Gesamtliste offenbar nicht existiert.

Er vermisst nach wie vor eine Aussage der Verwaltung, wie dem „Wildwuchs“ begegnet werden könne. Er frage daher, wie mit den ca. 250 Anlagen umgegangen werden solle und bitte um eine Prüfung im Detail. Er könne sich vorstellen, den Ausschuss über mögliche Umplanungen bzw. Vertragskündigungen anhand der einzelnen Bauanträge zu informieren.

Herr Stucke nimmt Bezug auf Absatz 2. der Vorlage und bittet um Auskunft, in welcher Form die Verwaltung aktiv werde.

Herr Beig. Uebrick betont, dass eine Vielzahl von Mobilfunkanlagen auf privaten Grundstücken installiert sei. Die Verwaltung könne von daher nicht direkt Einfluss auf entsprechende Vertragsgestaltungen nehmen.

Er weise darauf hin, dass die Zahl der Anträge eher steigen werde (Stichwort UMTS-Netz). Das Land unterstütze einen zügigen Ausbau, während die Rechtsprechung hohe Hürden aufbaue. Die unterschiedlichen Wege des Gesetzgebers einerseits und der Justiz andererseits (s. auch Urteil OVG Münster) haben die Stadt veranlasst, ein entsprechendes Schreiben in Richtung Gesetzgeber auf den Weg zu bringen. Nur hier könne eine grundsätzliche Klärung erfolgen.

Herr Osthoff geht noch einmal kurz auf die unverteilter Listen ein. Die Verwaltung werde die Listen auswerten und anschließend im Internet veröffentlichen. Weiteres Kartenmaterial könne bei der Verwaltung eingesehen werden.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 15.05.2003:

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der beigefügten Fragen ohne Beschluss entgegen.

4 Regionale 2006 hier: Arbeiten und Wohnen in der Sozialen Stadt
Vorlage: VO/1374/03

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 15.05.2003:

Der vorliegende Sachstand zum Projekt der Regionale 2006 „Arbeiten und Wohnen in der Sozialen Stadt – Impulse und Innovationen für gründerzeitliche Stadtteile“ wird entgegengenommen.

5 Städtebauliche und ökologische Neuordnung im Bereich Loh
Vorlage: VO/1202/03

Auch wenn die Entscheidung für ein Bad an dieser Stelle nicht ganz im Sinne seiner Fraktion sei, so zeigt sich **Herr Stv. Mucke** erfreut, dass sich in diesem Bereich endlich etwas tue.

Herr Stv. Henke kann die Prämisse eines auch „zukünftig steigenden Bedarfes an Wohnraum“ nicht nachvollziehen. Er rege daher an, neben einem in einem begrenzten Umfang denkbaren hochklassigen Wohnbau auch andere Nutzungen zu prüfen, die eine sinnvolle Ergänzung zum Bad darstellen würden.

Herr Beig. Uebrick verweist auf das Werkstattverfahren, in dem auch diese Fragen geklärt werden sollen.

Herr Rocho sieht in den vorgelegten Plänen zwar eine Verbesserung zum jetzigen Zustand, kann sich aber angesichts der Baumasse eine nachhaltige städtebauliche Situation, die dem Konzept Lebensader Wupper gerecht wird, kaum vorstellen.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 15.05.2003:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bereich als Standort eines Stadtbades in Verbindung mit einer Wohnbebauung auf den nördl. angrenzenden Flächen zu entwickeln und das Umfeld unter Bezug auf die Zielsetzung des Konzeptes Lebensader Wupper zu gestalten.

Für den Wohnungsbau und die Umfeldgestaltung soll in 2003 ein Förderantrag auf der Grundlage des angefügten Massnahmen-, Zeit- und Kostenplanes dem Zuschussgeber zur Entscheidung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

6 27. Änderung des GEP 99 (Kalkabbau Dornap)
Vorlage: VO/1290/03

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 15.05.2003:

Der Rat der Stadt Wuppertal beschließt, dass die Stadt Wuppertal zur 27. Änderung des GEP keine Anregungen und Bedenken vorbringt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

0 Entgegennahme ohne Beschluss

**7 Strategische Steuerung
Vorlage: VO/1330/03**

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 15.05.2003:

Eine Beratung wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

Hombrecher
Stellv. Vorsitzender

Paßmann
Schriftführerin